

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 36/001/2024

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz am 16.05.2024

Zu Punkt 7:	Konzeption zur Neuauflage der Kampagne „Bleib fair, halte Abstand!“ im Kreis Mettmann unter Erweiterung weiterer Themenstellungen des Fahrradverkehrs
--------------------	--

Herr KA Brixius teilt mit, dass die SPD dem Ganzen in der Sache zustimme. Er bemängelt aber die Mischkalkulation auf Seite 6 der Vorlage. Dieser könne er nicht zustimmen. Die Kosten für die Produktion der Plakate seien mindestens um den Faktor zehn zu hoch.

Die Verwaltung gibt hierzu folgende Erläuterungen zur Niederschrift:

Es ist vorgesehen, dass rund 300 Plakate in einer konzentrierten Aktion in jeweils zwei bis drei Städten gleichzeitig für einen Zeitraum von ca. vier Wochen aufgehängt werden. Im Anschluss werden diese 300 Plakate in den übrigen kreisangehörigen Städten im gleichen Turnus weiterverwendet. Nach Abschluss der Kampagne sollen die Plakate in den Kellerräumen der Verwaltung gelagert und bei Bedarf (z.B. an Gefahren- oder Problemstellen) erneut aufgehängt werden.

Für die Plakataktion bedarf es eines Dienstleisters, der die gesamte Organisation und das Verteilen an die ADFC-Ortsgruppen, sowie das Auf- und Abhängen der Plakate in den verbleibenden Städten vornimmt. Nach bisheriger Recherche gibt es hier nur wenige Anbieter am Markt, die zudem ihre Leistung dann nur in Kombination mit der Produktion anbieten. Der Verwaltung liegt hierzu ein erstes Angebot über einen Betrag von rd. 5.500 € brutto vor, welches neben der Produktion dieser hochwertigen vorgelochten Plakate im DIN A1 Format auch die Kosten für Befestigungsmaterialien und anschließende Entsorgung dieser Materialien, sowie für 10% Ersatz und Entsorgung der durch Vandalismus beschädigten Plakate, beinhaltet. Weiter enthalten sind zudem die Kosten für das Projektmanagement (Dokumentation der Kampagne sowie Verteilung der Plakate und Abstimmung mit allen Projektbeteiligten).

Nach Beschluss des Konzeptes durch den Kreisausschuss werden im Zuge einer Angebotsabfrage bei mehreren Firmen auch die Kosten einer Plakat-Variante, welche qualitativ für eine einmalige Aushangdauer ausreichend ist, dann aber in entsprechend hoher Stückzahl von 1.200 Plakaten, ermittelt.

Herr KA Kammann erklärt, dass die CDU-Fraktion die Kampagne nicht abgerundet genug finde. Man habe damals den Sperrvermerk eingerichtet, da man nicht die alte Kampagne einfach wieder aufleben lassen wollte, sondern eine Aufarbeitung gewünscht hätte.

Insbesondere das Thema Radwegebenutzungspflicht käme weiterhin zu kurz.

Herr KA Kapell findet den Ansatz, die Kampagne neu aufzulegen, grundsätzlich richtig. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würde sich aber wünschen, dass die Einhaltung des Abstandes auch besser durch die Polizei kontrolliert werden würde. Die hohe Arbeitsbelastung der Polizei sei aber durchaus bekannt.

Herr KA Ehlert zeigt sich verwundert über die Äußerungen von Herrn KA Kammann. Der ADFC aus Erkrath würde diesem Konzept so nicht freudig gegenüberstehen. Auch im Mobilitätsausschuss sei die Tendenz eine andere gewesen.

Frau KA Dr. Guenther erklärt, dass das Hauptziel der Grünen ein sicherer Radverkehr für alle Altersgruppen sei. Wichtige Themen seien hierbei der Sicherheitsabstand und der „rechtsabbiegende Verkehr“. Sie stimme Herrn KA Kammann insoweit zu, dass dort, wo Radwege vorhanden sind, diese auch genutzt werden sollten.

Herr Hanheide bittet darum, die Änderungswünsche noch einmal konkret zu benennen. Entsprechend des damaligen Beschlusses habe sich die Verwaltung mit dem ADFC und der Polizei noch einmal zusammengesetzt und den vorliegenden Vorschlag erarbeitet.

Herr KA Kammann kritisiert, dass man viel Geld für den Ausbau der Radwege ausbebe und Familien mit Kindern diese auch nutzen würden, während Rennradfahrer weiterhin auf der Straße fahren. Daher solle aus Sicht der CDU-Fraktion unbedingt auch die Radwegebenutzungspflicht betrachtet werden.

Auf Nachfrage von Frau KA Gafari, ob nicht doch mehr Kontrollen durch die Polizei möglich seien, erklärt Frau Heinz, dass die Polizei rechtssicher den Abstand kontrollieren möchte, um dann auch Radfahrer anhalten und Ordnungswidrigkeiten ahnden zu können. Daher sei die Kreispolizeibehörde Mettmann aktuell mit einer anderen Kreispolizeibehörde in Kontakt, welche eine entsprechende Messschablone entwickelt habe. Das Ganze sei für die Polizei ein schwierig umzusetzendes Thema, die Bereitschaft zur Kontrolle sei aber grundsätzlich da.

Der Ausschuss fasst folgenden geänderten Beschlussvorschlag:

Die Beschlussfassung wird vertagt. Die Verwaltung wird gebeten, in der Neuauflage der Kampagne noch mehr das faire und korrekte Verkehrsverhalten von Auto- und Radfahrern hervorzuheben, hierzu soll insbesondere der Aspekt der Benutzungspflicht für Radwege ergänzt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen